

## **Abänderungsantrag**

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann,**  
und **Dr. Machacek**

zu Ltg.-1242/A-1/81 - Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend  
verpflichtender Ethikunterricht in NÖ Schulen

betreffend: **Verpflichtender Staatsbürgerschaftsunterricht in NÖ Schulen**

Das österreichische Bildungssystem darf gesellschaftspolitisch weder auf das bestehende System, noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein. Es soll Menschen heranbilden, die über ihre Zukunft frei und fundiert zu entscheiden vermögen. Persönlichkeitsbildung und Wissenserwerb muss sie in die Lage versetzen, kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge zu erkennen und verantwortlich mitzugestalten. Dafür ist es erforderlich, das gesamte Bildungssystem von parteipolitischen Einflüssen zu befreien und Sorge dafür zu tragen, dass Schulen nicht zu ideologisch-doktrinären Zwecken missbraucht werden.

Ein verpflichtender Ethikunterricht für all jene Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, schließt die politische Beeinflussung bei der Vermittlung von heimischen Werten und kulturellen Errungenschaften jedoch nicht aus. Hinzu kommt, dass vor allem jene Schüler, die einen islamischen Religionsunterricht besuchen, erst wieder nicht in den Genuss der österreichischen Werte- und Identitätsvermittlung kommen. Die Anzahl der muslimischen Schüler ist jedoch stetig im Steigen. So besuchten im Jahr 2014 rund 66.000 Schüler einen islamischen Religionsunterricht. Mit der zunehmenden Zahl an islamischen Schülern geht im Übrigen auch ein Rückgang der katholischen Kinder und Jugendlichen einher. Diesen Trend bestätigt das Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung.

In Anbetracht der aktuellen Situation ist es umso wichtiger, unseren Schülern ein sachlich fundiertes Wissen über ihre Heimat Österreich sowie eine objektive Werte- und Traditionsvermittlung näher zu bringen. Aus diesem Grund benötigen die Schüler einen verpflichtenden Staatsbürgerschaftsunterricht, der für alle Schüler, gleich wel-

cher Religion sie angehören, sicherzustellen ist. Denn ein Ethikunterricht, der nur für Schüler, die an keinem Religionsunterricht teilnehmen, verpflichtend ist, geht am eigentlichen Sinn der Sache vorbei.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der vorliegende Antrag des Bildungsausschusses betreffend verpflichtender Ethikunterricht in NÖ Schulen wird wie folgt abgeändert:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an die Bundesministerin für Bildung, heranzutreten und diese im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern, dass die Schüler einen verpflichtenden Staatsbürgerschaftsunterricht zu besuchen haben.“